

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Sed'sche Buchdruckerei
Otto Sed.

Inserate: Kleine Letzterzeile 20 Pfg.
Fernruf: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17618.

Nr. 291.

Donnerstag, den 12. Dezember 1918.

75. Jahrgang.

Der Kampf um die Ostmark.

Von einem Ostmark-Deutschen wird uns geschrieben: Das Polentum fühlt sich seiner Sache schon ziemlich sicher. In der Provinz Posen wenigstens hat es so gut wie überall seine Hand auf die Staatsverwaltung gelegt, hat die deutschen Beamten vertrieben oder ihnen polnische Aufwärtler auf die Nase gesetzt, hat Bürgerwehren organisiert, die ausschließlich polnischer Führung gehorchen, hat dafür gesorgt, daß die deutsche Wehrmacht aufgelöst wurde und auch die Ernährungswirtschaft der Provinz von jedem Berliner Einfluß unabhängig gemacht. Daß sie danach das Polnische als Amtssprache eingeführt haben, ist schon wie eine bare Selbstverständlichkeit hingenommen worden. Nun geht es auch den Schulen — den preussischen Staatsschulen — an den Krage. Der deutsche Sprachunterricht wird abgeschafft, zugunsten des polnischen natürlich, polnische Lehrer werden aus dem deutschen Sprachgebiet herangezogen, so daß jeder sich das Schicksal der deutschen Lehrer in den gemischtsprachigen Bezirken an den fünf Fingern abzählen kann — kurz sie wirtschaften als völlig unbeschränkte Herren auf einem Boden, der amoch einen festen Bestandteil des Deutschen Reiches bildet, und verlangen stellenweise sofort die Entfernung deutscher Truppen, die, nach schweren Plünderungen durch die polnische Bevölkerung herangezogen, die Ordnung wiederhergestellt hatten.

Man traut seinen Ohren nicht, wenn man hört von Subsidingsdeutschen an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, an Lloyd George, an Clemenceau, denen Veteuerungen zugehen über die Bande aller Freundschaft und gemeinsamer Bestrebungen, an Foch und Orlando und wer sonst noch im Lager unserer Feinde einen mehr oder weniger großen Namen hat. Ganz offen rühmt man sich dieser Dinge, macht auch daraus kein Hehl, daß man sich an Bismarck, den Oberbefehlshaber in Warschau, mit der Bitte um militärische Hilfe gewandt und, nachdem man von ihm einen Aorh bekommen, bei der Entente um Entsendung des in ihren Reihen kämpfenden Polenheeres zum Schutze der polnischen Interessen petitioniert hatte. Weiter kann man es nicht gut treiben. Aber in Berlin ist alles ruhig. Man verkündete, daß die Aufhebung aller Ausnahmegeetze gegen die Polen unmittelbar bevorstehe, regt sich aber nicht weiter auf, wenn darauf hingewiesen wird, daß die Polen eben dabei sind, ihrerseits Ausnahmegeetze gegen die Deutschen zu schmieden. Selbstbestimmungsrecht der Völker — damit basta!

Selbstbestimmungsrecht der Völker — aber schließlich sind wir Deutschen ja vorläufig auch noch ein Volk oder so etwas Ähnliches. Wir haben in der Provinz Posen allein 800 000 Deutsche, nicht bessere aber auch nicht schlechtere Glieder unseres Stammes, als wir sie sonst überall haben. Sie schickten ihre Vertrauensmänner nach Berlin. Die Regierung schickte dann ihre Bevollmächtigten nach Posen — sie wurden von den Polen nach allen Regeln der Kunst eingewickelt und unschädlich gemacht. Also was bleibt? Mit den AEM war nichts mehr anzufangen, denen hatten schon die Polen ihren Odem eingeblasen, und sie bewährten sich dann als Vorkämpfer der Polonisierung unserer Ostmark. Aber neben ihnen hatten die Polen auch noch Volksräte ins Leben gerufen und diese Organisation auf dem in der vorigen Woche mit allem nationalen und kirchlichen Pomp abgehaltenen „Teilgebietslandtag“ durch einen „Obersten Volksrat“ gekrönt. Alles natürlich zur höheren Ehre des zukünftigen Polenreiches, das von Danzig über Posen nach Oberschlesien reichen und diese preußisch-deutschen Grenzmarken mit Warschau und Bismarck zu einem großmächtigen Staatswesen vereinigen soll. Dieser Weg war auch für das Deutschtum unserer Ostprovinzen gangbar. Und so bildeten sich allenthalben Volksräte. In den Dörfern und kleinen Städten, in den deutschen Kolonien schossen sie empor, zumeist ohne jede Anregung von außen. Aber das Beispiel, einmal gegeben, fand rasch in der Nachbarschaft willige Gefolgschaft, und es dauerte nicht lange, da schlossen sich auch schon die jungen Gebilde hier und da freis- oder bezirksweise zusammen. Und in den aller-nächsten Tagen soll nun auch diese Schöpfung des Nationalitätenkampfes im Osten seine Krönung finden: am 12. Dezember tritt in Posen der „Deutsche Volksrat“ zusammen, dazu bestimmt, die deutschen Kräfte der Provinz in gleicher Weise, wie es auf polnischer Seite geschehen ist, zu einheitlicher Nachentfaltung zusammenzufassen. Die Deutschen im Osten wissen: es gilt die Verteidigung der Heimat, die Abwehr von Unterdrückung und Fremdberrschaft, die Bewahrung von Sprache und Sitten, die Zugehörigkeit zum ganzen, zum gemeinsamen Vaterlande — wie sollten sie da nicht aufwachen und zu den Waffen greifen: den Waffen des Wortes, der Aufklärung, der Solidarität und Organisation, um die Arbeit ihrer Väter nicht untergehen, um ihre Kinder und Kindeskinde nicht in der Flut des Polentums ertrinken zu lassen.

Es ist immer erbebend zu sehen, wie eine Nation oder ein Volksteil in höchster Gefahr den Kampf um Leben und Freiheit aufnimmt. Wir ändern sollten uns aber in diesem Falle nicht mit der bloßen Zuschauerrolle begnügen. Einmal sind es unsere Brüder und Schwestern, die ihre Zugehörigkeit zu uns behaupten wollen. Und dann würde die Grundlage für unsere ganze Wirtschaft erheblich erschüttert, wenn auch nur die Provinz Posen uns wirklich verlor: von Westpreußen und Oberschlesien ganz zu schweigen. Also ist es ein deutscher Kampf, der jetzt im Osten entschieden werden wird, und deshalb muß alles, was deutsch denkt und deutsch empfindet, mit ganzem Herzen teilnehmen an dem schicksalsschweren Ringen dort. Lassen wir nicht im Stich, was zu uns

gehört seit Jahrhunderten. Noch ist Polen nicht verloren“, fingen und sagen die Polen. Antworten wir ihnen, daß auch Polen noch nicht verloren ist, für uns nicht verloren. Und helfen wir den Deutschen, es für sich und für uns siegreich zu behaupten.

Verlängerung des Waffenstillstandes

Verhandlungsbeginn am 12. Dezember.

Berlin, 10. Dezember.

Die Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes beginnen am 12. Dezember in Trier. Die dafür tätigen Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger, Graf Oberndorff und Kapitän z. S. Vanselow, sind gestern abend von Berlin über Kassel nach Trier abgereist, wo sie mit dem von Spaa kommenden General von Winterfeldt zusammen-treffen werden.

Ein neuer Protest.

Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens.

Gegen die von Marshall Foch am 7. Dezember angeordnete Abperrung des geräumten linksrheinischen Gebietes von der Lebensmittelfuhr und des Verkehrs auf der neutralen Zone und dem übrigen Deutschland hat die deutsche Regierung auf diplomatischem Wege Einspruch erhoben, da diese Maßnahmen im Widerspruch zu den Abmachungen des Waffenstillstandes stehen, wonach „keine allgemeinen oder speziellen Maßnahmen ergriffen werden dürfen, die eine Entwertung der industriellen Anlagen oder eine Verringerung ihres Personal zur Folge hätten“. Durch die verfügte Unterbindung des Verkehrs wird die absolut notwendige gegenseitige Zufuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten zur Aufrechterhaltung der industriellen Anlagen unmöglich gemacht, wodurch deren „Entwertung“ eintreten muß, Produktionsunmöglichkeit aber zwingt wiederum zur „Verringerung des Personal“, Arbeitslosigkeit und neues Elend in den willkürlich getrennten urdischen Gebieten sind die unabwehrbaren Folgen.

Die deutsche Regierung schlägt daher vor, diese Frage bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes dahin zu regeln, daß unbeschadet des Aufsichtsrechts der Alliierten vollkommene Verkehrsfreiheit zwischen den geräumten Gebieten und den übrigen Teilen Deutschlands gewährleistet ist.

Ein erneuter Protest ist dem General Dubaut über-mittelt worden wegen der Ausweisung von Beamten und anderen Personen aus dem besetzten Gebiet, was im Widerspruch mit dem Waffenstillstandsabkommen steht, in dem ausdrücklich den Bewohnern des besetzten Gebietes Sicherheit des Lebens und Eigentums vor jedem Eingriff zugesagt worden ist.

Absperrung der Nordseeinseln.

Die Entente hat die von der Marinekommission erbetene Erleichterung des Waffenstillstandsvertrages abgelehnt und damit auch die Möglichkeit einer regelmäßigen Verbindung mit den Nordseeinseln in Frage gestellt. Infolgedessen ist der Nachschub der Versorgung auch aus Marinebeständen für die Bevölkerung der Inseln nicht sichergestellt, selbst wenn die Überführung der Bevölkerung der Inseln von der Entente gestattet werden sollte. In Frage kommt in erster Linie die Bevölkerung der Insel Helgoland, welche während des Krieges auf dem Festlande untergebracht war.

Scheidemann über den Staatsgerichtshof.

Wie aus London berichtet wird, hatte der Pariser Mitarbeiter des „Daily Express“ eine Unterredung mit dem Volksbeauftragten Scheidemann, in deren Verlauf der deutsche Sozialistenführer erklärte, daß die beste Bürgschaft für die Stabilität der Regierung die Einberufung der Nationalversammlung sei.

Auf die Frage, welche Haltung die Regierung gegen-über dem Kaiser und der Forderung der Alliierten hinsichtlich der gerichtlichen Verfolgung der an dem Kriege schuldigen Persönlichkeiten einnehmen werde, sagte Scheidemann: „Die Frage der Gründung eines Staatsgerichtshofes, vor dem alle, die an dem Kriegsausbruch Schuld tragen, erscheinen sollen, werde von der Regierung bereits erwogen, und die Nationalversammlung werde darüber zu entscheiden haben. Scheidemann selbst ist der Ansicht, daß der Kaiser schon genügend bestraft ist. Aber die Hauptfrage, welche Schuld er am Kriege trage, müsse aufgeführt werden.“

Alliiertenkommissionen in Berlin.

In Berlin sind eingetroffen: eine englische Abordnung, bestehend aus folgenden Mitgliedern: General Ravenshaw, Hauptmann Wickerham, Leutnant Monfembank und Leutnant L. F. Green; eine französische Kommission, bestehend aus: Generalen Baron Albert d'Anthoard, Delegierten des französischen Roten Kreuzes, Major Marcel Rehm, Militärintendant Blanc Began, Dolmetscher-Offizier Roger Hussen, Leutnant Alexandre Doué und Leutnant André Schuller; eine belgische Abordnung unter Führung des Generalsekretärs für Kriegsgefangenenwesen Victor Djeux, Major de Gols und Advokat Theophile Beren.

Reichsfinanzen und Steuerpolitik.

Eine Rede des Staatssekretärs Schiffer.

Vor den Angehörigen des deutschen Industrie- und Handelstages hielt der Staatssekretär des Reichsschatz-amtes, Schiffer, einen Vortrag über das Thema: „Deutsch-lands Finanz- und Steuerpolitik“. Der Redner stellte zunächst fest, daß

unsere Finanzlage unübersehbar

ist. Man hat vergeblich versucht, einen Überblick über den Steuerbedarf des Reiches zu gewinnen. Im Frühjahr 1918 berechnet worden, daß der Steuerbedarf des Reiches, der Einzelstaaten und Gemeinden etwa 19 Milliarden betrage (etwa 14 Milliarden mehr als im Frieden). Davon ent-fallen auf das Reich 14 Milliarden. Nun aber sind diese Berechnungen hinfällig geworden, weil wir erstens noch nicht die Forderungen unserer Feinde und zweitens nicht den Umfang des neuen Reiches kennen.

Alles ist unsicher.

Sicher ist nur der Ruin, wenn es so weiter geht, wie es jetzt getrieben wird; denn wenn das Wirtschaftsleben zer-schlagen wird, so ist der Ausbau des Steuerwesens eine glatte Unmöglichkeit. Gegenwärtig verlangt die Arbeit, die allein die Werte schafft, und damit auch der Kredit im Ausland, derart, daß der Bankkredit gekündigt und die Annahme deutscher Wechsel verweigert wird. Wir müssen schleunigst Ruhe und Ordnung, Recht und Gesetz schaffen, dann ist Hoffnung auf Genesung, denn Deutschlands Volkswirtschaft kann über jede Steuer hinwegkommen. Zurzeit können neue Steuererlässe nicht erlassen werden. Nur ein neues Kriegsteuergeetz

wird die großen Kriegsgewinne reiflos erfassen, die kleinen Erparnisse indessen schonen. Daneben wird eine starke Vermögensabgabe kommen, die sich nach der Verschiedenheit der Objekte, sowie nach dem Alter und der Arbeitsfähigkeit der Verpflichteten richten wird. Wahr-scheinlich wird dabei die Zahlung in Kriegsanleihe zur Pflicht gemacht werden, wie denn auch bei der Steuer-zahlung die Kriegsanleihe eine große Rolle spielen wird. Redner erwähnte in diesem Zusammenhang auch die Möglichkeit der Anpassung der Besitzsteuer an die Ver-mögensabgabe, den Ausbau der Einkommens- und Er-gänzungssteuer, sowie die Einführung einer Reichs-einkommensteuer. Im Zusammenhang damit steht der Ausbau der Erbschaftsteuer, die Neuordnung der Ver-triebssteuer und die Schaffung einer Kapitalrenten-steuer. Eine

Erhöhung der indirekten Steuern

ist natürlich nicht zu vermeiden. In Frage kommt zu-nächst der Tabak und zwar ist geplant die Zigarettensteuer abzuändern. Weiter wird die Zuckersteuer erhöht, ebenso die Grundsteuermehrwertsteuer, die zugleich vereinfacht werden soll. Vor allem aber soll die Umsatzsteuer (be-sonders auf Luxusgegenstände) wesentlich erhöht werden. Aber alle Steuern werden zur Tragung der Lasten nicht ausreichen. Dazu ist vielmehr eine unmittelbare

Beteiligung des Reiches am Wirtschaftsleben

notwendig. Die Sozialisierung und Monopolisierung wird schrittweise durchgeführt werden, wobei an eine Beschlagnahme ohne Entschädigung nicht gedacht wird. Als Monopole kommen wahrscheinlich in Frage: Ver-sicherungswesen, Wasserkräfte, Teile der elektrischen Ver-sorgung. Hier und da wird man auch gemischt-wirtschaft-liche Unternehmungen bilden, d. h. Syndikate und Kartelle, an deren Reingewinn das Reich beteiligt ist.

Zum Schluß seiner Ausführungen wies der Staats-sekretär darauf hin, daß es im Interesse unserer Feinde läge, uns nicht zu vernichten, denn nur ein Schuldner, der die Kraft habe, sich zu enttallen, könne etwas leisten. Auch unsere Feinde müssen schließlich einsehen, daß der Sieg auch dem Sieger Pflichten auferlegt.

Rhein verlangt Einberufung des Reichstages.

Rheinland aufs äußerste gefährdet.

Rhein, 10. Dezember.

Der Kölner Oberbürgermeister hat an den Reichstags-präsidenten Fehrenbach folgendes Telegramm gerichtet: Namens der Metropole der nach bestimmten Mitteilungen auf äußerste gefährdeten Rheinlande bitte ich auf das dringendste, den Reichstag zur Verfassung der Regierung Ebert-Paase nach Limburg an der Lahn oder nach Koblenz sofort einzuberufen. Eine zu Friedensverhand-lungen fähige Regierung herzustellen, ist dringende nation-ale Notwendigkeit. Nur auf diesem Wege ist ihre sofortige Schaffung möglich.

Die Waffenstillstandskommission hat wegen des un-gerechten Vorgehens der Franzosen gegen Deutsche auf dem linken Rheinufer erneut eine Protestnote an Frank-reich gerichtet, in der zahlreiche genau belegte Einzelfälle aufgeführt werden. So sind u. a. aus dem Kreis Saar-brücken auch 2000 ehemalige Soldaten abgeführt worden obwohl sie ordnungsgemäß entlassen waren.

Wilson und der Friedenskongreß.

Der Präsident nicht persönlich anwesend.

Washington, 10. Dezember.

Von dem Dampfer „George Washington“ wird drach-tend gemeldet, daß Präsident Wilson nicht persönlich bei den Friedensverhandlungen anwesend, wohl aber in Füh-ung mit den leitenden Persönlichkeiten der Alliierten und bereit sein wird, die ihm unterbreiteten Fragen zu erledigen.

Diese Meldung muß einigermassen überraschen. Wenn der Präsident nicht persönlich den Friedensverhandlungen beiwohnen will, so ist der Zweck seiner Europareise nicht recht ersichtlich. Wahrscheinlich wird er also nur an der Versäiler Vorkonferenz teilnehmen, die die Grundzüge des Friedensvertrages festlegen soll.

Die Versorgung Deutschlands durch die Alliierten.

Von gut unterrichteter Seite, die mit englischen amtlichen Stellen sehr nahe Beziehungen unterhält, verlautet hinsichtlich der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln, daß sich die

Verständeten darüber klar sind, daß Deutschland mit Lebensmitteln versorgt werden müsse, jedoch nur in dem Maße, wie sie durch die tatsächliche Notlage berechtigt erscheine. Eine solche Notlage bestehe in den größeren Städten, jedoch nicht auf dem flachen Lande. Die Lieferung von Lebensmitteln müsse sich demnach unter diesen Gesichtspunkten vollziehen. Es sei weiterhin berechnet worden, daß im ganzen die Bevölkerung, die mit Lebensmitteln zu versorgen sei, auf 37 Millionen anzusehen ist. Ein entsprechender Vorschlag lag bei den zuständigen Stellen bereits vor, jedoch sei eine Entscheidung noch nicht gefallen.

Der Einzug der Garde in Berlin.

Fg Berlin, 10. Dezember.

Die Reichshauptstadt war heute in feierlicher Empfangsstimmung, die auch der häßliche Nebelregen nicht herabzumindern vermochte und ungezählte Zehntausende strömten um die Mittagsstunde der historischen Feststraße, den Linden, zu, um den ersten, durch das Brandenburger Tor heimkehrenden Truppen der Willkommensgruß der Heimat zu entbieten. Kein äußerlicher Paradezug und keine Triumphbögen sind zu sehen, aber in liebevoller Schlichtheit schmücken Tannenzweige und Blumen, darüber die knatternden Fahnen, die Einzugstrahlen.

Am Brandenburger Tor

Hatten sich gegen 1 Uhr die Mitglieder der Regierung mit Ebert an der Spitze sowie die Vertreter der Militär- und Zivilbehörden zur Begrüßung eingefunden. Auf einer kleinen, höchstens einen Quadratmeter großen Rednertribüne standen in drangvoller fürchterlicher Enge etwa ein Dutzend Personen. Die ganze Regierung ging nicht hinaus, denn schon bei dieser Belästigung kratzte und wankte das Gerüst, ein Umstand, dessen sich allseits der Berliner Volkswitz bemächtigte: „Paß uff, Emil, gleich stürzt die ganze neue Regierung!“ — Kurz nach 1 Uhr erreichten die Spitzen der Garde-Kavallerie-Schützenbrigade das Brandenburger Tor, wo ihnen eine Garde-Infanterie-Kapelle unter Leitung des Armeemusikinspektors den preussischen Paradehymnen entgegenkammerte.

Vollbeauftragter Ebert

entbot den wackeren Kämpfern, die unter Führung des Generalleutnants v. Hofmann heranzögen, unter dem braunenden Jubel der Bevölkerung den Willkommensgruß. Er sagte u. a.:

Willkommen in der deutschen Republik! Laßt uns in erster Linie der toten Toten, sowie der Verwundeten und Vermissten gedenken. Durch Taten wollen wir unserer Dankbarkeit Ausdruck geben. Deshalb war auch die Verbesserung der Invalidenfürsorge die erste Tat der neuen Regierung. Die Heimat begrüßt Euch in froher Zuversicht. Kein Feind hat Euch überwinden. (Brausender Beifall.) Offiziere und Mannschaften haben allen Schrecken des Krieges widerstanden, und erheben des Hauptes dürft Ihr in die Heimat zurückkehren. Im Namen des Volkes nochmals tiefinnigen Dank!

Nach Ebert sprach Oberbürgermeister Wermuth namens der Stadt Berlin: „Ihr verbleibt“, so sagte er zum Schluß seiner Rede, „ein Alles und findet ein Neues wieder. Laßt uns vereint um dieses Neue wetteifern, damit wir im redlichen Regen der Kräfte durch den kalten Winter zum lichten Frühling der Freiheit, der Einigkeit und der Versöhnung gelangen.“ Darauf erfolgte der Vorbericht über den Pariser Platz.

den Generalleutnant Lequis abnahm und Generalleutnant v. Hofmann befehlte. Es zogen unter ungeheurer, nicht ausbleibendem Jubel der Bevölkerung vorbei: Garde-Kürassiere, Dragoner 4 und 8, Kürassiere 4, Leibkürassiere aus Breslau und die 11. Husaren (die Krefelder „Langhirschen“). Die gesamte Division trug Stahlhelme und alle Waffen. Rückblickend sei noch erwähnt, daß diese Division besonders ruhmvoll bei Soissons und Cambrai gekämpft hat. Sie kam jetzt aus Bastogne in Luxemburg und ist nördlich Koblenz über den Rhein gegangen. Zuletzt bildete sie den rechten Flügel der 1. Armee. General Lequis war bis zum Waffenstillstand Gouverneur von Metz.

Die Vereidigung auf die neue Regierung für die Division erfolgte am Tage vor dem Einzug durch den Vollbeauftragten Ebert in Steglitz, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Truppe die Regierung bei der Lösung ihrer schweren Aufgabe unterstützen werde. Die Eidesformel lautete:

Wir geloben, zugleich im Namen der von uns vertretenen Truppenteile, unsere ganze Kraft für die einig-

deutsche Republik und ihre provisorische Regierung, den Rat der Volksbeauftragten, einzusetzen.

General Lequis leistete diesen Eid für seine Truppen, ebenso die bei dem Alt anwesende Deputation der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften aus allen Regimentern. — Am 14. Dezember hält die erste Garde-Infanterie-Division, die bis vor kurzem Prinz-Friedrich hatte, unter Führung des Generals v. Jena ihren Einzug in Berlin.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Die Tagesordnung der USR Deutschlands, die am 16. Dezember in Berlin zusammentreten, weist u. a. folgende Punkte auf: Nationalversammlung oder Räte-System, Sozialisierung des Wirtschaftslebens, Friedensregelung und Wahl des Volksrates der Republik. Ob bei dem letzten Punkt daran gedacht wird, den Volksrat als Dauerinstitution bestehen zu lassen, ist nicht klar ersichtlich.

+ Das in gemeinsamer Sitzung abgeschlossene Abkommen zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Volksrat der Berliner USR stellt fest, daß beide Körperschaften denselben Ziele zustreben, dem deutschen Volk die sozialistische Republik zu sichern. Der Rat der Volksbeauftragten hält unbedingt an der durch die Revolution gegebenen Verfassung fest, die ohne Zustimmung des Volksrates der USR nicht abgeändert werden kann. Aus der Stellung des Volksrates ergibt sich das Recht der Kontrolle: dem Rat der Volksbeauftragten liegt die ihm übertragene Exekutive ob. Beide Institutionen sind überzeugt, daß ihre Tätigkeit nur durch vertrauensvolles Zusammenarbeiten ersprießlich ausgeübt werden kann.

+ In der letzten Sitzung der Sozialisierungs-Kommission wurden Anfragen über die Aufhebung der durch die Kriegswirtschaft eingerichteten Zwangsindikate, über Aufhebung der Kriegsgesellschaften und über damit zusammenhängende Tatsachen des Wirtschaftslebens gestellt. Hinsichtlich der Fragen der Kriegsgesellschaften und der Zwangsindikate konnte der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts mitteilen, daß die Regierung nicht daran denke, diese Zwangsgesellschaften, soweit sie sich nicht durch den Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen von selbst ausschalten, vorzeitig und ohne Grund aufzulösen.

+ In seiner letzten Nummer wendet sich der Vorwärts scharf gegen den preussischen Kultusminister Adolf Hoffmann. Dieser hatte in einer Verlesung der Unabhängigen Sozialdemokraten am letzten Sonntag gesagt, wenn die Wahlen zur Nationalversammlung reaktionär ausfielen, dann würde nichts anderes übrig bleiben, als die konstituierende Nationalversammlung nach russischem Muster mit Gewalt auseinanderzujagen. Zu dieser Auslassung meint der Vorwärts: Wir müssen dazu erklären, daß wir nicht in der Lage sind, die Ausrufung des Ministeriums zu denken, daß wir vielmehr genötigt sind, sie völlig preiszugeben. Wir betrachten jeden Versuch, sich gegen den Willen des Volkes aufzulehnen, als verwerflich und halten die Anwendung jedes Mittels zu seiner Abwehr für geboten. Wir halten die Auffassung des Ministers Adolf Hoffmann aber nicht nur für grundtätig verwerflich, sondern auch für dumm. Denn die Deutschen sind keine Aussen, und sie würden nicht dulden, daß man ihre rechtmäßig gewählte Vertretung mit Bajonetten auseinanderjagt. — Die Deutsche Tageszeitung bemerkt in gleicher Sache: Der preussische „Kultusminister“, der in diesem Zusammenhang noch ausdrücklich von Barrikaden sprach, hat damit im voraus zu hochverräterischen Handlungen gegen das Volk und den Volkswillen aufgefordert. Wir richten die Anfrage an die Revolutionsregierung, wie lange sie einen solchen Mann noch in ihrer Mitte zu dulden gedenkt?

+ In einem Zeitungsartikel tritt der frühere Staatssekretär des Reichsernährungsamts und jetzige Oberpräsident von Ostpreußen v. Batocki für eine Auflösung des jetzigen preussischen Staates ein. Der preussische Staat als solcher habe keine Daseinsberechtigung mehr, er würde vielmehr die Einheit und Geschlossenheit des Deutschen Reiches stören können. Im Rat des Deutschen Reiches sei Preußen mit seinen auf drei Fünftel des Reichsgebietes sich erstreckenden Aufgaben nicht ein Fremdkörper gewesen. Bestrebungen, Rheinland von Preußen abzutrennen und zum selbständigen, mit Bayern usw.

gleichberechtigten Glied des Deutschen Reiches zu machen, seien also sachlich voll berechtigt. Sie werden ohne Zweifel bei den anderen selbständigen preussischen Kultur- und Wirtschaftsgebieten Nachahmung finden. Wenn gleichzeitig lebensunfähige Kleinstaaten verschwinden, so würde sich daraus das Bild von 10 bis 15 durch das feste Band des Reiches eng verbundenen, aber trotzdem von eigenem politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Leben erfüllten deutschen Gaue bieten.

+ Die Regierung plant, dem Vernehmen nach, eine große allgemeine Volksfeier der Revolution am 1. Januar. Es sollen in den Straßen festliche Umzüge, auf allen Plätzen Militärkonzerte, in den Theatern szenische, in den Sälen musikalische Veranstaltungen mit Ansprachen stattfinden. Die Darstellungen sollen keinen parteipolitischen Charakter tragen.

+ Der Rat der Volksbeauftragten und der Staatssekretär des Innern veröffentlicht eine Verordnung, wonach die beiden württembergischen Verhältnisswahlkreise 31 und 32 zu einem das ganze württembergische Staatsgebiet und den Regierungsbezirk Sigmaringen umfassenden Wahlkreis vereinigt werden. Er wählt nun die 17 Abgeordneten gemeinsam.

Rußland.

* Die Londoner „Daily Mail“ meldet aus Montreal: Der Gesandte der allrussischen demokratischen Regierung in Omsk, Prinz Swom, glaubt, daß der Sturz der Bolschewiki-Regierung unmittelbar bevorstehe. Prinz Swom, Baron Korff und Swolski kehren nach Abschluß einer Anleihe von 1 1/4 Millionen Pfund Sterling in Washington nach Sibirien zurück. In Washington herrscht große Sympathie für die Errichtung der Vereinigten Staaten von Rußland mit Petersburg als Hauptstadt.

Rus. In- und Ausland.

Berlin, 10. Dez. Aus den Mitteilungen der Vertreter der Allierten bei der Waffenstillstandskommission geht hervor, daß die Abfertigung der Schutruppe des Generals p. Lettow-Borbeck auf englischen Schiffen und die Auslieferung voraussichtlich in Rotterdam erfolgen soll.

Berlin, 10. Dez. Der Vollbeauftragte Barth erklärt, die Behauptung des ehemaligen russischen Vertreters Joffe in Berlin, Barth habe von ihm Geld, Waffen und Munition für revolutionäre Zwecke erhalten, sei unwahr. Barth hat nach seiner Aussage nur Geld von deutschen Genossen erhalten.

München, 10. Dez. Das Ministerium des Innern hat gestern die Wahlordnung für den bayerischen Landtag veröffentlicht. Danach finden die Wahlen am 12. Januar 1919 statt. Das Wahlrecht ist allgemein, gleich, geheim und unmittelbar. Es wird nach der Verhältniswahl gewählt, so daß das ganze Land einen Wahlkreis bildet.

Hamburg, 10. Dez. Wie das Hamburger Echo aus guter Quelle erfährt, darf mit Sicherheit angenommen werden, daß die Wahlen zur Nationalversammlung nicht Mitte Februar, sondern in der zweiten Hälfte des Januar stattfinden werden.

London, 10. Dez. Amlich wird mitgeteilt, daß die Koalitionsregierung mit der endgültigen Absicht zur Friedenskonferenz gehen wird, dort die Aufhebung der Militärpflicht in ganz Europa vorzuschlagen. In einer Ansprache sagte Bonar Law, es dürfe in Europa keine großen Heere mehr geben.

Basel, 10. Dez. Die Räte der Allierten, die wie bekannt, an Deutschland zur Abschaffung des USR gefandt werden soll, stellt angeblich eine vierwöchige Frist zur Wiedereinsetzung der rechtmäßigen Behörden.

Bom Tage.

Früherlegung der Nationalversammlung.

Das „Hamburger Echo“ meldet: Wie wir aus guter Quelle erfahren, darf mit Sicherheit angenommen werden, daß die Wahlen zur Nationalversammlung nicht Mitte Februar, sondern schon in der zweiten Hälfte des Januar stattfinden werden.

Wetterzeichen in Berlin.

Berlin, 10. Dez. Heute nacht wurde der Fernsprechverkehr bis früh 7 1/2 Uhr eingestellt. Die Gründe werden noch geheim gehalten. Auch die Telephonzentralen der großen Berliner Hotels sind seit gestern militärisch besetzt.

— Nach Versicherungen der Liebknechtanhänger in den gestrigen Spartakusversammlungen ist die Liebknechtgruppe angeblich im Besitz von mehr als 50 Maschinengewehren.

Rote Rosen.

Roman von D. Courtiss-Mahler.

53. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Aber schließlich hat sie schelmisch:

„Nun muß es aber für heute genug sein, Rainer, leht bin ich wirklich müde von allem Stehen. Bitte führe mich in meine Zimmer zurück. Allein würde ich den Weg vielleicht gar nicht finden.“

Rachel und beglückt durch ihren Großsinn sah er sie an.

„So komm, meine kleine Josta. Für heute hast du wohl wirklich genug gesehen. Den Westflügel und den Mittelbau kennst du nun. Morgen führe ich dich nach dem Ostflügel. Dann wirst du dich bald zurecht finden lernen.“

Er führte sie nach ihren Zimmern zurück. Dort angelangt, sagte sie scherzend:

„Ich muß gestehen, daß ich nun auch bald wissen möchte, ob der Hamburger Koch leistungsfähig ist. Ich habe nämlich Hunger.“

Er lachte. „Wir können sogleich zu Tische gehen, ich brauche nur Befehl zu geben, daß serviert wird.“

„Dann tue es“, bat sie.

Wenige Minuten später saßen sie sich in sehr froher Stimmung im Speisesaal gegenüber an der kleinen runden Tafel. Josta fand diesen großen Saal erst etwas ungemütlich für zwei Personen. Als ihr Gemahl aber dann den großen Vorhang als Abschluß der Küche vorziehen ließ, gefiel ihr das sehr gut.

„Wie behaglich ist das nun. So gefällt es mir.“ sagte sie. — Und er freute sich, daß nichts zu ihrem Wohlbehagen fehlte.

Die nächsten Tage vergingen Josta wie im Fluge. Es gab so viel Schönes und Neues zu sehen in Schloß Rumberg und seiner nächsten Umgebung. Sehr gern sah sie auf der Terrasse an der Hinterfront des Schlosses, wo man die Aussicht über die Wiesen nach dem Fluß und dem dahinter liegenden Wald hatte.

Die hatte nun auch schon Gräfin Gerlinde einen Besuch abgestattet und diese hatte sie in den stierlichen.

aber sehr behaglichen Räumen herum geführt. Josta fand das kleine, ephraunspinnene Haus sehr idyllisch und reizend und sprach das auch aus.

Gräfin Gerlinde zuckte dazu die Achseln.

„Ich will dir nicht wünschen, meine liebe Josta, daß du einst deine Tage als Witwe hier beschleichen mußt. Jetzt würde es dich vielleicht noch nicht so schwer ankommen, denn in dem niedlichen Jungfernschlößchen, das du mit deinem Vater bewohntest, hatte ich auch nicht eben große Räume. So bist du noch nicht verwöhnt. Aber lebe erst einmal einige Jahre in Schloß Rumberg, lerne dich erst in den großen hohen Räumen heimlich fühlen, dann wirst du merken, wie schwer man sich dann mit kleinen, niedrigen Zimmern begnügen kann. Mir ist oft — als hätte ich nicht genug Luft zu atmen.“

Josta lächelte bei diesen Worten etwas wie Mittell mit Gerlinde. Es mußte ihr sehr schwer geworden sein, das Schloß zu verlassen. Und so jung war sie noch, so schön — und dennoch schon ausgeschaltet wie eine alte Frau!

Warmherzig sagte sie nach ihrer Hand.

„Komm nur recht oft herüber, Gerlinde. Täglich, stündlich sollst du uns angenehm sein. Es tut mir leid, daß ich dich habe aus deinem Reich verdrängen müssen.“

Gräfin Gerlinde empfand diese Herzlichkeit wie Herablassung. Wenn sie es nicht mit aller Kraft hinüber nach dem Schloß gezogen hätte, um dort Unheil stiften zu können, so hätte sie wohl Jostas Anerbieten hochmütig zurückgewiesen.

„Das ist Königin-Vos“, scherzte sie. „Wenn der König stirbt, muß die Königin den Thron verlassen. Das wird dir vielleicht einst auch so gehen. Aber dein freundliches Anerbieten nehme ich natürlich dankbar an. Wenn ich erst aus den Hüttenwochen seid, werde ich euch sogar bitten, mir zu gestatten, die Wahlzeiten mit euch einnehmen zu dürfen. Es ist trostlos, wenn man so ganz allein bei Tische sitzt.“

Josta errötete leicht, als Gerlinde von Hüttenwochen sprach.

„Das kannst du unbesorgt schon jetzt tun, du störst mich gewiß nicht“, sagte sie lachend.

„Das lasse ich mir nicht anmerken“, erwiderte

Gräfin Gerlinde. „Ich komme nur zu gern. Auch sonst, so oft ich darf. Josta! Auch wenn Rainer in Geschäften abwesend ist, werde ich dir gern Gesellschaft leisten, denn dann wirst du dich einmischen können, und wir können uns gegenseitig Gesellschaft leisten.“

Josta war die Aussicht, Gerlinde so viel mit sich zu haben, nicht sehr verlockend, aber sie sprach es nicht aus. Und so kam Gerlinde nun zu jeder Tageszeit unangemeldet nach dem Schloß hinüber. Sie plauderte vormittags, wenn Rainer im Fort oder auf den Feldern war, mit Josta, kam nachmittags zum Tee und nahm das Dinner und das Souper gemeinsam mit dem jungen Paare ein.

Sie blieb nach dem Abendessen plaudernd in Jostas Salon und ging mit Josta spazieren.

Diese empfand Gerlindes stete Anwesenheit bald sehr peinlich. Nur selten blieb ihr eine ungestörte Stunde des Alleinseins, die ihr doch Bedürfnis war. Und mit Rainer war sie fast nie mehr allein. Stetig und unentwegt schob sich Gräfin Gerlinde wie ein fremder Keil zwischen das Ehepaar.

Sahen sie abends zusammen, so wußte sie Rainer durch angeregtes, geistvolles Plaudern so zu fesseln, daß er sich fast nur mit ihr beschäftigte. Josta blieb dann stumm. Trotzdem sie ein tiefes, positiveres Wissen hatte, vermochte sie nicht so zu blenden und durch Schlagfertigkeit zu fesseln wie Gerlinde.

Und Graf Rainer ließ sich von Gerlindes Klünsten fesseln, ohne zu merken, daß seine junge Frau dann meist nur die stille Zuhörerin spielte und nur ab und zu ein Wort in die Unterhaltung warf.

Da Gräfin Gerlinde immer gleich freundlich und lebenswürdig zu Josta blieb, gab diese schließlich ihren unbestimmten Argwohn auf. Sie gewöhnte sich gewissermaßen an die Gräfin, und da sie sich Rainer gegenüber stets Reserve auferlegen mußte, empfand sie es fast als eine Erleichterung, daß sie nur selten mit ihm allein war. Manchmal freilich wurde ihr Gerlinde lästig, aber in das fügte sie sich wie in etwas Unabänderliches.

Gräfin Gerlinde verstand es also, das Feld zu behaupten. Und leise und vorsichtig baute sie weiter in der trennenden Mauer. Sie ließ haben und drüben.

wehren. Zwei Drittel der Arbeiterschaft der Berliner Munitionsfabriken sollen sich für Liebknecht erklärt haben.

Ein Wahlsieg der Mehrheitssozialisten in Chemnitz.

Chemnitz, 10. Dez. Bei den gestrigen Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat im Industriebezirk Chemnitz wurde nach den bisher vorliegenden Ergebnissen für die Mehrheitssozialisten 78.500, für die Unabhängigen 6600 Stimmen abgegeben. Einige Teilergebnisse stehen noch aus.

Anwendung der Waffengewalt zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Bayern.

Die Regierung des Volksrates Bayern gibt bekannt, daß die zur Aufrechterhaltung der Ordnung, Ruhe und Sicherheit bestimmten Truppen angewiesen wurden, erforderlichenfalls von der Waffe Gebrauch zu machen.

Die polnische „Amerika-Division“ nach Posen.

Havass meldet aus Amerika: Die polnische Amerika-Division, wird die preussischen Provinzen Posen und Schlesien besetzen und ihr Hauptquartier in Posen aufschlagen. Die unter dem Befehl des Generals Haller steht, ist nach Havass abgereist, von wo sie sich nach Danzig einschiffen wird. Sie

Versammlung der Soldatenräte des 18. A. K. in Bad Nauheim.

Am Mittwoch vormittag hielten etwa 300 Angehörige der Soldatenräte des 18. A. K. in der hiesigen Turnhalle eine Versammlung ab. Den Vorsitz führte der Vertrauensmann des 18. Armeekorps, Sergeant Krenn. Redakteur Altmeyer sprach über die innere und äußere Lage der deutschen Republik. Hauptmann Müller gab Richtlinien für die Soldatenräte. Oberleutnant Ettenbach hielt einen Vortrag über Demobilisationsfragen. Nach dem Vortrag des Redakteurs Altmeyer wurde folgende Entschließung gegen 2 Stimmen angenommen: „Die heute in Bad Nauheim tagende Räteversammlung der Truppen des Bereichs des 18. Armeekorps bekennt sich zu der Regierung Ebert-Haase und fordert die baldmöglichste Einberufung der Nationalversammlung zur Sicherung und zum Aufbau der Republik. Die Versammlung verurteilt aufs schärfste das unverantwortliche Treiben der Spartakusleute und verlangt von der Regierung, daß sie hier sofort mit allen Mitteln ein Ende mache. Als ebenso selbstverständlich muß jeder Versuch gegen die Revolution, der von rechts gemacht wird, aufs schärfste bekämpft werden.“

Der Streik auf der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“.

Zu der Auslandsbewegung auf den Zeichen der Tagesschen Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ erzählt die „Voss. Ztg.“: Der Streik, der am Montag auf Schacht 1 begann, war die Mittagspause nicht einführte, dehnte sich sehr rasch auch auf die folgenden Tage aus und erstreckte sich dann schließlich über sämtliche Schächte der Gewerkschaft mit einer etwa 10.000 Mann zählenden Belegschaft. Die Verwaltung hat sich unter dem Drucke der Verhältnisse, nachdem die Vertreter der Arbeiterschaft gedroht hatten, bei Nichtbefriedigung der Forderungen Sabotage zu verüben, die Fördermaschinen still zu legen, das Kesselhaus in die Luft zu sprengen u. a. mehr, gezwungen gesehen, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Die Bewilligung der Arbeiterforderungen wurde durch einen langen Demonstrationszug, unter Vorantritt einer Musikkapelle, bekanntgegeben.

Deutschland soll zahlen bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit.

Lord Robert Cecil sagte in einer Versammlung in Leighton, die einzige befriedigende Regelung würde sein, daß die Alliierten feststellen, wieviel Deutschland zahlen könne, und daß sie die betreffende Summe verlangen und unter diejenigen der Alliierten, die darauf Anspruch haben, verteilen. Ein Unterschied zwischen Wiedergutmachung, Kompensation und Kriegsschadung sollte nicht gemacht werden. Deutschland müsse bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit zahlen. „Daily Express“ hört, daß zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten informatorische Besprechungen über die Freiheit der Meere im Gange sind, wobei Wilson konkrete Vorschläge machte, die den Forderungen Englands bezüglich des Rechtes der Durchschiffung, des Kontrebandengesetzes und des Blockadengesetzes gerecht werden.

Der Wiederaufbau Nord-Frankreichs.

Der französische Minister für öffentliche Arbeiten hat die Untersuchung der Wege im Kriegsgebiet abgeschlossen. Es sind

schonbar als „Miles“, aber wohlberechnet, diese und jene Bemerkung fallen und freute sich ihrer Wirkung.

Josta bemerkte bald, daß Rainer in Gerlindes Gegenwart lebhafter und heiterer schien und sich immer mehr von ihr fesselte.

Oft kam sie sich dann so überflüssig vor, daß sie sich fragte, wozu Rainer sie eigentlich nach Ramburg geholt hatte.

Das ging aber alles so allmählich, daß die beiden hatten es kaum bemerkt, wie fremd sie einander wurden. Sie waren auch beide viel zu offene, ehrliche Charaktere, als daß sie in Gerlindes Augen eine Absicht hätten vermuten können.

Nur eine Gelegenheit fand sich für die beiden hatten immer wieder, mit einander allein zu sein. Das war, wenn sie zusammen ausritten. Und das waren Josta die besten Stunden. Sie war eine kühne, passionierte Reiterin und fand es wunderbar, wenn sie an Rainers Seite durch die herrlichen Waldungen oder über Wiesen und Felder reiten konnte.

Bei diesen Ausritten waren die beiden Gatten auch am vertrautesten miteinander. Josta konnte dabei lachen und scherzen, wie an jenem Tage, da Rainer in Waldow ihren Lehmeister beim Reiten gemacht hatte.

Gräfin Gerlinde waren diese langen Mitreitte der jungen Paare verhaft. Wenn sie im Witwenhaus am Fenster stand und Rainer und Josta ritten grüßend vorbei, dann ballte sie die Hände in ohnmächtigem Groll und sah ihnen mit unheimlich schillernden Blicken nach.

Sie bedauerte jetzt oft, daß sie eine so schlechte Reiterin war. Trotzdem hätte sie sich wohl auch an diesen Mitreitten beteiligt, wenn sie beim Reiten nicht so ungemein unvorteilhaft neben Josta ausgesehen hätte. Josta sah, auch nach dem anstrengendsten, widesten Mitreite, noch genau so frisch und schön aus, wie wenn sie zu Pferde stieg. Gräfin Gerlinde aber bekam häßliche, rote Flecken im Gesicht, und das künstlich gelöste Haar wurde feucht und strähnig, sobald sie nur eine kurze Strecke geritten war.

(Fortsetzung folgt.)

1800 Brücken zu erneuern, wofür 40.000 Tonnen Stahl notwendig sind. Ferner sind 120 Schleusen und 5000 Km. Schienenweg zu erneuern. — Die Ablieferung des deutschen Materials geht, dem „Matin“ zufolge, unerhört langsam vor sich. Das Ende des Terminals für den Waffenstillstand nähert sich, sagt das Blatt, und weder Lokomotiven noch Wagen wurden bei der französischen Eisenbahn in Dienst gestellt.

Keine Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen zur See.

Die englische Kommission setzte in Wilhelmshaven die Besichtigung der Schiffe, Luftschiffe und Flugzeugplätze fort. Gestern fand eine Sitzung auf dem Linienschiff „Heraules“ statt. Dabei lehnte es die englische Kommission ab, daß deutsche Schiffe frei zwischen deutschen Häfen verkehren dürfen. Die Antwort auf die Frage, ob die Schifffahrt in der Ostsee freigegeben würde, wurde vorläufig verlagert.

Für die Errichtung einer italienischen Republik.

In Florenz wurde die Zusammenkunft der republikanischen Partei eröffnet. Nach langer Erörterung drang die Forderung durch, eine verfassungskonforme Versammlung einzuberufen. Diesem Beschlusse wurde zugestimmt. Es wurde weiter beschlossen, in eine große Werbetätigkeit einzutreten. An erster Stelle sollte für die Errichtung einer Republik eingetreten werden. Weiter sollte man dahin streben, daß auf dem Friedenskongreß die Grundsätze Wilsons als Grundlage für den Völkerfrieden angenommen werden.

Griechen in Götting.

Götting, 10. Dez. Bei Ausbruch der deutschen Revolution war auch im Göttinger Griechenlager eine Bewegung entstanden; es bildete sich ein griechischer Soldatenrat, der die Unterstützung des deutschen KSK in Götting nachsuchte. Diese wurde ihm auch gutwillig gewährt. Sehr bald aber stellte sich heraus, daß der griechische Soldatenrat in überaus geschickter Weise die deutsche Revolution nur mißbraucht hatte, um einen Aufstand zu inszenieren, der mit den Ideen der deutschen Revolution nicht das mindeste zu tun hatte. Es riß anarchische Zustände im Griechenlager ein, die deutsche Interessen in Mitleidenschaft zogen und die Entrüstung der Göttinger Bevölkerung erregten. Nachdem alle Versuche des Göttinger KSK, auf gütliche Weise Besserung zu schaffen, erfolglos blieben, entschloß man sich am 10. Dezember zur Festnahme des griechischen Soldatenrates und einiger anderer Führer der Bewegung.

Erleichterung der Bezugspflicht.

Berlin, 10. Dez. In der Zeit bis zum 8. Januar kann jede zu verdingende weibliche Person zwei Sonderbezugsscheine, und zwar einen für einen Kleid oder ein Teilstück der Oberbekleidung, und einen Mantel (Jacke oder Umhang) oder für Stoffe zu diesen Gegenständen ohne Bräutigam des Bedarfs erhalten. Die gleiche Vergünstigung wird für einen Männer- oder Knabenwintermantel gewährt.

Wilhelm II. soll lebenslanglich inhaftiert werden.

Paris, 10. Dez. Nach Londoner Meldungen genügt der Entente der Thronverzicht des Kaisers und des Kronprinzen nicht. Ohne Rücksicht auf die Schuldenfrage wird die Sicherheitshaft des Kaisers auf Lebensdauer und ferner noch ein ausdrücklicher Verzicht aller männlichen Mitglieder des Kaiserhauses verlangt.

Deutsche Note über Elsass-Lothringen.

Berlin, 10. Dez. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat an Frankreich eine Note gerichtet mit dem Eruchen, die Besatzung und den Pensionären in Elsass-Lothringen die Gehälter bezu. Pensionen bis zum Friedensschluß vorschüssig zu zahlen, um einen Rußstand zu verhindern.

Poincaré in Straßburg.

Basel, 10. Dez. Präsident Poincaré legte bei seinem Besuch vor dem Kleber-Denkmal einen Kranz nieder und taufte mit dem neuen Bürgermeister den Brudertisch.

Ausweisung der deutschen Beamten aus Straßburg.

Karlsruhe, 10. Dez. Wie verlautet, haben die Franzosen alle höheren deutschen Beamten aus Straßburg ausgewiesen. Diese müssen die Stadt binnen 24 Stunden verlassen. Sie dürfen keine Wertpapiere und nicht mehr als 500 Mark an Geld mitnehmen.

Die böhmische Republik.

Bern, 10. Dez. Nach einer Meldung aus London wird die tschechisch-slowakische Republik demnächst offiziell in eine böhmische Republik umgewandelt. Das Verhältnis Böhmens zu Ungarn wird auf der Friedenskonferenz besonders zur kommen.

Neugriechenland in Asien.

Rotterdam, 10. Dez. Vertreter der Griechen in Kleinasien haben in Paris eine vorläufige Regierung gebildet. Dies wurde den alliierten Mächten mitgeteilt. Die französische und britische Regierung haben den Empfang dieser Mitteilung bekräftigt. In einem in London abgeschlossenen Geheimvertrag waren Smyrna und das Vilajet Aidin Italien versprochen worden. Italien hat sich infolge des diplomatischen Vorgehens von Venizelos mit Entschädigungen an anderen Stellen zufrieden gegeben, aber gleichzeitig verlangt, daß Smyrna nicht an Griechenland fallen sollte.

Lemberg vor dem Fall.

Wrag, 10. Dez. Die Stadt Lemberg ist von allen Seiten von den ukrainischen Truppen umzingelt. Es herrscht Hungersnot in der Stadt. Der Fall Lembergs ist kühnlich zu erwarten.

Worauf ihr stolz sein müßt.

von Benno Reifenberg.

Ein Heimatgruß an unsere heimkehrenden Krieger.

Weil ihr so arm wart, weil ihr hungrig wart, weil ihr müde wart und euch doch geschlagen habt wie kein Volk der Erde.

Mit tausenden von Gummi bereisten Lastkraftwagen warf Joch auf glatten Straßen seine Reiteren euch entgegen; ihr müht euch mit Eisenbereisten, die Läder in die Straßen rissen, die auf Ketten gestützt meterweise vorrückten. Mit schlechtem Betriebsstoff — Benzol — gepöpselt, sprangen die Motoren nicht an. Nur die Mäher durften das wenige Benzin verbrauchen. Unsere Personewagen fuhren auf Holzrädern, selbst den Sanitätswagen fehlte das Gummi.

Eure Kanonen gaben Tausende von Schuß mehr heraus als man je berechnet hatte. Die Franzosen hätten sie längst zu altem Eisen geworfen. Ihr mühtet mit elenden Pferden sie wieder zur Werkstatte schleppen. Geschätze, die unsere Gegner im November 1917 an der La Baux-Ecke eroberten, fanden wir im Juni 1918 noch an Ort und Stelle vor. So wenig brauchten die drüben Material. Wir haben beim Rückzug von der Marne dieses Jahr Pferde und Mann zum äußersten angestrengt, um unser Material zu retten.

Mit sechs Pferden vor Geschütz und Wagen rückten die Batterien 1914 aus — vier elende ausgegerottete Tiere zogen sie jetzt zurück. Wie haben eure Pferde hungern müssen. Preßheu und künstliches Gemisch aus Häcksel und Zucker wurde ihnen vorgelegt. Sind die Pferde nicht 80 Kilometer weit gefahren, um ein paar Butt Stroh zu holen? Und was hat man von euch verlangt beim Munitionsherausfahren, von euch und euren Tieren? Mit blutendem Herzen habt ihr aus den Armen Tag und Nacht die letzten Kräfte herausgepreßt. Schon längst sind die Sättel der Handpferde verschwunden, die ledernen Zügel durch Stoffe ersetzt.

Die drüben hatten Gummi, Seide, Aluminium. Ist es da eine Kunst, Flugzeuge zu bauen? Mit Ersatzstoffen haben wir unsere Apparate zusammengeleimt, oft nur mit Benzol angetrieben. Und wahrlich, unsere Flieger sind nicht schlecht geflogen. Jahrelang fuhren auf unseren Bahngleisen die Lokomotiven ohne die notwendigsten Reparaturen, mit schlechtem Öl geölt, undicht, kaum eine Steigung überwindend.

Bei den Verhandlungen steht kam ein französischer General in unser Armee-Hauptquartier gefahren: in schwarzlackierter Limusine, Dunlop-Pneumatik, der Polier in gutem dicken Wollmantel, rosig und wohlfrisiert. Wie habe ich dich da geliebt, du armer deutscher Soldat, mit deinem Hunger, mit deiner großen Müdigkeit! Habt ihr nicht immer und immer wieder eure wenigen Socken gewaschen, wie oft die nasse Mähne umgekehrt auf den Kopf gestülpt, um das Futter zu trocknen und zu bleichen. Wie sparsam waren die Stiefel mit Holz beschützt, mit Nägeln schwer beschlagen. Wer hat euch das nachgemacht? Was weh der Soldat, der Schokolade und Biskuit zum Ueberdruß hat, von der Qual des Trommelfeuers, wenn nichts im Magen ist als ein Stück hartes Kriegsbrot, das tagelang auf dem Tornister getragen war.

Was hast du für einen armen Krieg führen müssen! Was hat man dir für einen Kaffee vorgesetzt. Wie war das Brot aus Garamm abgewogen, wie kümmerlich das bloße Marmelade in Pappkarton empfangen. Schlechtes Seifenpulver gab man euch, Buchenblätter zum Rauchen.

Und ihr habt euch doch geschlagen. Seid stolz, seid stolz!

Wer hat gesiegt? Die drüben, die alles hatten? Die Schwarze und Gelbe euch entgegengehetten, die Amerikaner heranzöhrten, mit der ganzen Welt sich verbänden? Oder ihr, die ihr überall sein mühtet, in Finland, Ägypten, in der Ukraine, im Westen? Ihr, die ihr nun allein standet, verlassen von Bundesgenossen, noch ärmer als ihr selbst. Da ziehen sie über den Damennweg, über die Côte d'Or, über den Kesselberg, im Schuh ihrer Panzerwagen, ihrer Tausende von Geschützen, wohlgenährt, in hellen Häusen; wo ihr gestanden habt lange Jahre, bittere lange Stunden, mit brennendem Magen, keinen Trost im Herzen als das eiserne: ich muß!

Ihr seid die Sieger! Gut ab vor euch, ihr Leute aus dem Schützengraben. Laßt euch den Stolz nicht nehmen, kein Auge drüben darf so leuchten wie das eure.

Aus Nah und Fern.

Grävenwiesbach i. L. Durch die Unvorsichtigkeit einquartierter Soldaten entstand in der Scheune des Landwirts Konrad Pauly ein Großfeuer, das trotz umfassender Rettungsarbeiten das gesamte Anwesen in Asche legte. Bei dem Brande kam auch eine Anzahl Militärpferde ums Leben. Das Vieh konnte gerettet werden.

Bad Homburg. Das Standbild des Erzengels Michael auf der Terasse des Kurhauses, das während des Krieges der „Benagelung“ diente, wurde in der Nacht zum Montag von Vandalen Händen zerstört.

Frankfurt a. M. Bei der in ungeheurer Maße durchgeführten Verschleuderung der Kleiderbestände der hiesigen Magazine des 15. und 18. Armeekorps, die nach Mitteilungen der heutigen Stadtverordnetenversammlung allein auf die völlige Desorganisation der militärischen Behörden zurückzuführen ist, sind Mäntel, Hosen, Stiefel und Jacken bis auf winzige Reste völlig ausverkauft worden. Infolgedessen ist das städtische Bekleidungsamt, das diese Kleiderbestände für die ärmere Bevölkerung ausgeben wollte, nicht in der Lage, in absehbarer Zeit Kleider zu verabsorgen. Aus den Militärslagern konnte lediglich Unterwäsche gerettet werden, die aber auch bei weitem nicht zur Versorgung der Bevölkerung ausreichend ist. Der Schaden, der durch die Plünderung der Frankfurter Bekleidungsämter entstanden ist, beläuft sich auf ungezählte Millionen und ist unwiederbringlich verloren, da nicht die geringste Kontrolle geübt wurde. Manche Leute haben ihren Kleiderbedarf fürs Leben eingedeckt.

Erbenheim. Schwere Plünderungen fanden in den letzten Tagen auf dem Fort Viehler statt. Hiesige und Einwohner der Umgegend fahren schon tagelang dorthin und raubern alles aus, was nicht niel- und nagelfest ist. Einige Landwirte sollen mehr als 10 Wagen voll Balken, Bretter, Türen, Fenster, Dächer usw. geholt haben. Die Erzeugerhäuser der Pioniere sind fast ganz vom Erdboden verschwunden. Die Pulverhäuser sind ebenfalls schwer beschädigt.

Koblenz, 10. Dez. In der gestrigen Sitzung des Arbeiterrates machte Oberbürgermeister Klostermann folgende Mitteilungen: Nach den Erklärungen der amerikanischen Kommission bleibt der Verkehr zwischen den beiden Rheinufern unbehindert. Das bürgerliche Leben erfährt keine Eingriffe. Politische Versammlungen usw. werden gestattet, wenn die Bevölkerung den Befehlen des Kommandanten nachkommt. Requisitionen wird die amerikanische Armee nur vornehmen, wenn der Nachschub gefährdet wird. Die Amerikaner haben sich damit einverstanden erklärt, daß das Bekleidungsamt unter Leitung der Stadt weiterarbeitet. Deutscher Brückenkopfkommislar ist der Oberpräsident der Rheinprovinz.

Bad Wildungen. Dem hiesigen Ersatzbataillon 136 wurde die in einem schweren Koffer aufbewahrte Kasse, etwa 40.000 Mark, nachlässigerweise gestohlen.

Bielefeld. Aus einem österreichischen Militärmagazin nahe dem Bahnhof Bielefeld-Ost sind in den letzten Tagen Lederwaren, Stiefel und Kleidungsstücke durch Plünderung abhanden gekommen. Die geraubten Sachen haben einen ganz bedeutenden Wert. Bei der Verteidigung der Magazine durch Posten kam es mit den angreifenden Zivilisten zu Blutvergießen.

○ **Hindenburgs Ruhefahne.** Generalfeldmarschall v. Hindenburg wird sich nach vollendeter Demobilisierung in der Nähe der alten Reichsstadt Lüneburg, wo seine Tochter wohnt, zur Ruhe setzen. Er hat sich als Wohnsitz das eine Viertelstunde von Lüneburg belegene Kloster Lüne ausgewählt.

○ **Mäuerbanden.** In Busdorf bei Neumünster erschien eine Bande von Soldaten und Zivilisten, die vorher in dem Busdorfer Gehölz beobachtet worden war. Die Leute forderten von den Bewohnern Essen und nahmen dann bei verschiedenen Besitzern Enten und Gänse mit. Man telephonierte an den NSM in Neumünster, der 30 Soldaten sandte. Als diese das Gehölz ablichten, fand man zwar die Lagerstätte und die Reste des geraubten Geflügels, aber die Mäuer selbst waren spurlos verschwunden.

○ **Rückgabe der geborgenen Kunstschätze an Frankreich und Belgien.** Wie man von ausländischer Seite hört, erhalten die Regierungen Frankreichs und Belgiens jetzt die einen Milliardenwert darstellenden Kunstschätze zurück, die sich in den von den deutschen Truppen besetzt gehaltenen Gebieten bei ihrem Einmarsch daselbst vorfanden. Daß dieses möglich ist, ist nur den weit vorausschauenden Maßnahmen zu danken, die die deutsche Seereschleifung unmittelbar nach dem Vormarsch der deutschen Armeen in die Wege geleitet hat.

○ **Die Entziehung des Räumungsrechts der Hausbesitzer.** hat der NSM in Charlottenburg verfügt, und zwar mit Rücksicht auf die herrschende Wohnungsnot, die mehrfach rücksichtslose Räumungen veranlaßt hat. Die Verfügung gilt bis auf weiteres.

○ **Gegen die Aufbewahrung von Geld in den Schließfächern.** Die Reichsbank hat an alle Banken, Sparkassen und Genossenschaften das Ersuchen gerichtet, sämtliche Mieter von Schließfächern, sowie diejenigen, welche nach dem 1. Juli 1918 verschlossene Depots eingeschleift haben, aufzufordern, in einer im Wortlaut vorgeschriebenen Erklärung verbindlich zu versichern, daß in dem Schließfach oder in dem verschlossenen Depot keine Zahlungsmittel, Gold- oder Silbergeld, Banknoten oder Kassenscheine aufbewahrt werden.

Flaggenfarben.

Unsere Reichs- und Landesfarben.

Mit reichem Flaggenreichtum wollten wir die Flagge der zukünftigen Truppen begrüßen, reichen Flaggenreichtum pflanzen wir auch jetzt auf unsere Häuser, obwohl das Ende ganz anders geworden ist. Verändert ist freilich der Flaggenreichtum. Ganz ausgefallen sind die Fahnen mit den Farben unserer früheren Bundesgenossen. Kein Mensch sieht mehr eine türkische oder bulgarische Flagge aus dem Fenster, ganz selten waagt einer noch die schwarz-gelbe Fahne Österreichs zu zeigen, die ungarischen Farben sind verschwunden. Noch erscheinen die schwarz-weiß-roten Farben des Deutschen Reichs in der Überzahl, sie schienen in den ersten Revolutionstagen verpönt, sind aber jetzt wieder da. Daneben flattern die Landesfarben, schwarz-weiß in Preußen, grün-weiß in Sachsen, blau-weiß in Bayern usw., auch städtische Farben, und als neue Erscheinungen das rote Banner, sowie die Achtundvierziger- und schwarz-rot-gold.

Die rote Farbe war immer die der revolutionären Partei. Die einfarbige Flagge knüpft an die ältesten Traditionen an, denn schon im alten Rom unterzeichneten sich die Parteien durch einfarbige Abzeichen: die „Grünen“ und die „Blauen“ lieferten sich blutige Kämpfe und entschieden, wer Kaiser sein sollte oder welchem Breislinger im Ritus die Palme gebührte. In Tibet, dem Reich der Buddhisten, befanden sich heute zwei Parteien in grümmig, von denen der Äußerliche nur erzählt, daß sie die „rote“ und die „gelbe“ Sekte genannt werden. In dieselbe Linie gehört, daß man gelegentlich halb scherzhaft die preussischen Konservativen als „Blaue“ (nach der preussischen Uniformfarbe) und die Zentrumsmänner als „Schwarze“ bezeichnete (vermutlich anknüpfend an ein Briefstergewand).

Die deutsche Reichsfahne war in alter Zeit ein goldenes (oder gelbes) Banner mit dem schwarzen Reichsadler, woraus sich die Farbenzusammensetzung schwarz-gelb ergab, die nachher beim Zusammenbruch des alten Reichs 1804 nach Österreich hinübergenommen wurde. Aberhaupt ist die Fahne, die bei uns übliche Fahne aus farbigen Streifen, stets eine abgekürzte Form des Wappens gewesen. Der Rittersmann, der mit geschlossenem Rißer zum Turnier oder zum Ernstkampf anritt, trug als Kennzeichen sein Wappen auf dem Schild: einen schwarzen Adler auf silbernem Felde, die rote Rose auf Goldgrund, das goldene Roß auf grünem Schilde oder dergleichen. Die zusammengelebten Wappen mit mehreren Feldern sind erst allmählich entstanden, wenn durch Erbschaft, Heirat oder Eroberung mehrere Herrschaften in eine Hand kamen. Dieselben Farben, die der Schild zeigte, führte der Ritter dann auch in seiner Schärpe, in den Federn des Helmbuschs, in der Fahne, und da das Land dieselben Farben führte wie sein Beherrscher, wurde beispielsweise das Schwarz-weiß der Hohenzollern später auch die Farbe des Königreichs Preußen. Ebenso hat Sachsen das Grün-weiß der Wettiner, Bayern das Blau-weiß der Wittelsbacher angenommen usw.

Trifoloren, dreifarbige Fahnen wurden erst Mode durch die französische Revolution, welche die Farben blau-weiß-rot annahm. Man ist noch weiter gegangen; die Republik Transvaal führte eine „Vierfarne“, und die neue chinesische Republik hat sich sogar zu fünf farbigen Streifen verknüpft.

Die Fahne Schwarz-rot-gold war ursprünglich die der deutschen Bürgerschaft von 1815. Sie ist aus der alten schwarz-goldenen oder schwarz-gelben Reichsfahne des Mittelalters entstanden (schwarzer Reichsadler auf goldenem Felde), mit Einfügung eines roten Streifens. Gelegentlich soll nämlich die alte deutsche Fahne auch noch einen schmalen roten Streifen aufgewiesen haben, dessen Ursprung man nicht kennt. Manche behaupten, daß hauptsächlich der Geschmack einer jungen Dame, Amalie Wittke, die 1818 den Jenaer Studenten die erste Bürgerschaftsfahne schenkte, bei der Zeichenwahl den Ausschlag gegeben habe. Bekanntlich wurde die deutsche Bürgerschaft schon 1819 aufgelöst, und damit gerieten ihre Farben in Mißkredit; das Tragen schwarz-rot-goldener Bänder, Schleifen usw. wurde sogar verboten und mit schwerer Strafe bedroht, man denke an das Schicksal Fritz Reuters. Aber Schwarz-rot-gold galt doch immer noch als das Zeichen der Großdeutschen, d. h. derer, die ein einiges Deutschland mit Einschluß der Deutsch-Ostreicher anstrebten. Diese Fahnen tauchten 1848 und 1866 aus der Versenkung hervor, und es liegt nahe, daß jetzt wieder darauf zurückgegriffen wird.

Die bisherige Reichsfahne Schwarz-weiß-rot wurde 1866 gewählt, als Bismarck den Norddeutschen Bund und damit eigentlich schon das neue Deutsche Reich gründete. Das Schwarz-weiß kam von der Fahne Preußens, und der rote Streifen sollte die Fahne vielleicht bloß ein wenig lebhafter gestalten; manche haben in dem Rot auch das Symbol für den bekannten Tropfen demokratischen Blutes, den man der neuen Kaiserkrone wünschte. Bismarck selbst freilich soll auf den roten Adler Brandenburg hingewiesen haben — vielleicht haben mehrere Gesichtspunkte zusammengewirkt.

Jetzt ist diese Fahne nicht mehr ohne Befehl, aber sie wird geduldet, da es gilt, unsere Frontkämpfer bei der Heimkehr zu ehren, und man nicht gleich verlangen kann, daß jeder Mensch sich sofort neue Fahnen anschaffe.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Bed.

Wer einen Staat sozialer Gerechtigkeit will, der erkläre seinen Beitritt zur Deutschen demokratischen Partei! Anmeldungen sind zu richten an den Demokratischen Verein Herborn.

Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung.

Regelung der Fleischversorgung.

Das für diese Woche zugewiesene Fleisch wird am Samstag, den 14. Dezember, nachmittags von 1—5 Uhr durch die hiesigen Metzger verkauft.

Verkauf von Fleisch außer der oben angegebenen Zeit ist verboten. Der Verkauf findet nur gegen Vorlage der Fleischkarte statt, von welcher von den Metzgern die Marken abzutrennen sind.

Ueber alles Fleisch und Fleischwaren, welche bis 5 Uhr nicht abgeholt sind, wird anderweitig verfügt.

Die Höchstpreise sind:

Rothfleisch . . . das Pfund 1,70 M.
Rindfleisch . . . das Pfund 2,40 M.

Herborn, den 12. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Bekanntmachung.

Nach Maßgabe der Bestimmungen der Nassauischen Verordnung vom 27. Juni 1858 und auf Grund der Polizeiverordnung vom 27. Februar 1896, sowie nach Beschluß des Feldgerichts werden die Wiesen- und Ackerbesitzer hiesiger Gemarkung hiermit aufgefordert, ungeachtet der zwischen ihren Grundstücken befindlichen Bewässerungsgräben vorschriftsmäßig aufzuräumen und das an den Bächen befindliche Strauchwerk und Schilf zu entfernen, sowie auch für die erforderlichen Unterhaltungsarbeiten Sorge zu tragen.

Unterlassungen oder mangelhafte Ausführungen dieser Auflage werden, wenn solche bei der Ende Dezember ds. Js. vorzunehmenden Besichtigung gefunden werden, bestraft.

Die Herren Bürgermeister zu Burg, Sinn und Herborn-Jesselbach werden gebeten, vorstehendes in ihren Gemeinden öffentlich bekannt machen zu wollen.

Herborn, den 11. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Bekanntmachung.

Die Pferde- und Rindviehbestandsverzeichnisse der Stadt Herborn zur Erhebung der Beträge für das Rechnungsjahr 1918/19 zur Bestreitung der Entschädigungen für rothranke, milz- und rauhbrandkranke Pferde usw., bezw. für an Milzbrand gefallenes oder auf polizeiliche Anordnung getötetes, oder infolge der Schutzimpfung gefallenes, lungenfeuchtkrankes Rindvieh liegt bis 25. Dezember 1918 zur Einsicht der Pferde- und Viehbesitzer auf Zimmer Nr. 11 des Rathauses offen.

Herborn, den 11. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Medizinische
Baseline
empfiehlt
Drogerie A. Doeinck.

Weltbekannt
sind meine verbesserten
Wand- und Tisch-
Kaffee-Mühlen
mit garantiertem Mahlwerk, geeignet für sämtliche mahlfähigen Produkte, bis 45 Pund Stundenleistung.
Man verlange Prospekt.
Ed. Reiche, Haspe.

Leichter
Schlitten

für 2 Personen, ein- und zweispännig zu fahren, zu kaufen gesucht.
Angebote unter **F. W. 2137** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Kirchliche Nachrichten.
Herborn:
Donnerstag, den 12. Dez.
abends 7/9 Uhr:
Bibelstunde i. d. Aula.

An unsere geehrte Kundschaft!

Da die Vorräte an Rohmaterialien zum größten Teil von den Brauereien aufgebraucht und neue Zufuhren durch die Bahnsperre noch nicht zu erwarten sind, so sind wir nicht mehr in der Lage, die Ansprüche, welche an den Bierbedarf gestellt werden, zu decken! Wir werden nach Bekanntgabe dieses zu einer Einschränkung schreiten, welcher dem Bedarf gleich kommt, der vor der Einquartierung durchschnittlich gebraucht worden ist. Diese Maßnahme ist notwendig um zu verhindern, daß unsere Kundschaft später längere Zeit ohne Bier ist.

Brauerei Adolf Schramm
Oranienbrauerei
Kronenbrauerei
Brauerei A. Bölpel.

Geschäftseröffnung.

Meiner geehrten Kundschaft von Herborn hierdurch zur Kenntnis, daß ich von heute ab meine

Bäckerei,
Kaiserstraße Nr. 15,

wieder eröffnet habe.

Um gütigen Zuspruch bittet

Ferdinand Theis, Herborn.

Möbelverkauf.

Am Freitag, den 13. Dezember 1918, verkaufe ich:

1 vollständiges Bett, 1 Nachtschrank, eine Waschkommode mit Spiegelaufsatz, 4 Stühle, 1 Tisch, Küchengeräte, 1 Sitz- und Liegewagen und anderes mehr.

Georg Lenz, Kaiserstr. 9.

Hauschlachtungen

übernimmt

Heinrich Schäfer,

früher Metzgergehilfe bei Chr. Schumann,
Schulhofstraße 2.

Städtischer Arbeitsnachweis

Kaiserstraße 28

vermittelt männliche und weibliche Arbeitskräfte aller Art.
Dienststunden: 8—12 Uhr vormittags,
3—7 Uhr nachmittags.

Junger Kaufmann,

welcher über 3 Jahre im Büro beschäftigt war, in Buchführung und Schreibmaschine bewandert ist, sucht Stellung. Angebote unter **Nr. 118** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Kaufe Schlachtpferde

zu den höchsten Tagespreisen. Unfälle werden schnell erledigt. Zahle hohe Prov. für Vermittlung.
J. Schwarz, Siegen,
Lenzstraße 3. Telefon 361.

Todes-Anzeige.

Heute vormittag 6¹/₂ Uhr entschlief sanft nach langem Leiden mein lieber Gatte, unser guter Sohn, Bruder und Schwager

Herr Fabrikant

Hermann Rühle

im 40. Lebensjahre.

In tiefer Trauer:

Helene Rühle, geb. Lauckner, Köln-Sülz
E. Rühle Wwe., geb. Kunz, Herborn
Familie Karl Rühle, Frankfurt a. M.
Familie Ferd. Rühle, Köln-Sülz.
Familie Karl Geisler, Herborn.

Köln-Sülz, Herborn, Frankfurt a. M., den 11. Dezember 1918.